Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 Donnerstag, den 17. April 1919 Nummer 186 • Abend-Ausgab

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 80 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutscher Staatsstreich in Lettland.

Sturz der lettischen Regierung.

Libau, 16. April.

Die provisorische lettländische Regierung, die am 18. November in Riga die Republik Lettland ausgerufen und die Herrschaft übernommen hatte, ist heute nachmittag durch Truppen der baltischen Landeswehr, die von der Front zur Erholung nach Libau kamen, gestürzt worden. Ministerpräsident Ulmanis ist zur englischen Kommission geflüchtet. Der Minister des Innern Dr. Walters ist verhaftet. Das Schicksal der anderen Minister ist noch unbekannt.

Das Gouvernement hat erst einige Zeit nach dem vollzogenen Putsch die Sicherung der bisherigen lettischen Regierungsgebäude übernommen. Die Stadt Libau hat die Ereignisse bisher völlig ruhig aufgenommen.

Nach den vorliegenden Meldungen kennzeichnet sich der Sturz der lettischen Regierung als ein Staatsstreich der Söldnertruppen der deutsch-baltischen Barone, ausgeübt gegen die rechtmäßige lettische Regierung, die offenbar den reaktionären Junkern im Wege stand. Die von der baltischen Landeswehr gestürzte Regierung war eine demokratische; sie stützte sich auf die breiten Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft und suchte, da sie der bolschewistischen Invasion ablehnend gegenüberstand, freundschaftliche Beziehungen sowohl mit der deutschen Regierung, wie mit der Entente zu unterhalten. Aber als Sachwalterin der Interessen der lettischen Bauernschaft mußte sie allerdings Front machen gegen die immer stärker hervortretenden reaktionären Bestrebungen der baltischen Großgrundbesitzer, die unter dem Schutz der Landeswehr und der reichsdeutschen Offiziere die vorrevolutionären Zustände in Kurland herzustellen suchten. Hand in Hand damit gingen die konterrevolutionären Bestrebungen des Kommandierenden der reichsdeutschen Truppen, General von der Goltz, der noch vor kurzem den deutschen Soldatenrat in Libau verhaften ließ.

Allem Anscheine nach ist der jetzige Staatsstreich von langer Hand vorbereitet worden, denn schon seit einigen Wochen tauchten in der deutschen Presse tendenziöse Anschuldigungen gegen den „reaktionären" Charakter der lettischen Regierung auf. Es ist zwar ein recht groteskes Bild, wenn baltische Barone und ihre reichsdeutschen Freunde gegen die Reaktion wettern, aber für das jetzt angestellte Abenteuer konnte nicht gut eine andere Kulisse gefunden werden. Die deutsche Oeffentlichkeit hätte alle Ursache, sich um diese Vorgänge zu kümmern, da sie recht schwerwiegende Folgen für die ganze Politik im Osten haben können.

Internationale Solidarität.

Die Kieler Werftarbeiter gegen die Aufrüstung.

Von gut informierter Seite werden uns folgende Tatsachen mitgeteilt:

1. Die deutschen Minensuchboote in der Ostsee sind mit je einem Geschütz ausgestattet — angeblich, um damit Minen abzuschießen. Diese Minensucher werden zu ihrem „Schutz" von dem Kreuzer „Straßburg" begleitet, der nach Regierungserklärungen etwaige Angriffe russischer Seestreitkräfte abwehren soll.

2. Auf der Germaniawerft in Kiel liegen zur Zeit 3 Torpedoboote (7 andere sollen folgen), die repariert und mit 3 Geschützen sowie mit Torpedoausstoß-(Lancier-)rohren ausgerüstet werden sollen. Diese Boote sollen von Marine-Freiwilligen-Korps bemannt werden.

3. Die Reichswerft in Kiel hat Befehl erhalten, die Schiffe der „Helgoland"-Klasse (kleine geschützte Kreuzer) „instandzusetzen".

Die Kieler Werftarbeiter, die ihre Hand nicht zu neuem Blutvergießen bieten wollen, sind gegen die Neuaufrüstungen — die sich ganz offenkundig gegen Rußland richten, und die angeblich im Einverständnis mit der Entente erfolgen — in eine Bewegung eingetreten. Am 11. April hat eine Vertrauensmännerversammlung der Germaniawerft mit 141 gegen 118 Stimmen beschlossen, die Aufrüstungsarbeiten zu verweigern. Auf Grund der Verhandlungen, die dann mit der Werftleitung angeknüpft worden sind, ist vereinbart worden: jedes Torpedoboot erhält nur 1 Geschütz, 2 werden abgebaut; außerdem werden alle Torpedorohre und alle dazu nötigen Hilfsapparate beseitigt, bzw. überhaupt nicht erst an Bord gebracht.

Auf der Reichswerft hat die Direktion die Erregung der Arbeiter zunächst damit zu beschwichtigen versucht, daß sie erklärte: es sei nur „Instandsetzung" befohlen, und das bedeute nicht „Indienststellung". Hier ist über die Stellungnahme der Arbeiter noch nichts entschieden.

Die Haltung der Arbeiter ist um so bemerkenswerter, als schon seit Wochen in Kiel Gerüchte verbreitet werden, es stehe ein Angriff russischer Seestreitkräfte auf Kiel bevor. Der Schwindel hat bei den Arbeitern keinen Glauben gefunden; er hat sie nicht abhalten können, gegen das russische Proletariat internationale Solidarität zu üben.

Der Mörder Liebknechts endlich verhaftet!

Wie die „Republik" aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist der Jäger Runge, der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, endlich verhaftet worden.

Mehr als drei Monate haben die Gerichtsbehörden gebraucht, um diesen Mann in Haft zu nehmen. Hier haben sie nicht so große Eile gehabt, wie bei der Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistischen und der Unabhängigen Partei, von denen Hunderte seit Monaten in den Gefängnissen schmachten.

Wie viele Monate werden die Gerichtsbehörden aber jetzt noch gebrauchen, um die Mörder Liebknechts und Luxemburgs abzuurteilen? Die Oeffentlichkeit wird der Beantwortung dieser Frage großes Interesse entgegenbringen.

Das Eingeständnis.

Privattelegramm der „Freiheit".

Leipzig, 17. April.

Der sächsische Justizminister Harnisch hat bei den Verhandlungen mit dem Genossen Lipinski aus Leipzig von der unabhängigen Fraktion der sächsischen Volkskammer zugegeben, daß die Verordnung über den Belagerungszustand schon vor der Ermordung des Ministers Neuring fertig war.

*

Der sächsische Minister Uhlig hat über die Vorgänge, die der Ermordung des Kriegsministers Neuring vorausgingen, eine autoritative Darstellung gegeben. Er sagte, daß Neuring in seinem Arbeitszimmer saß, als im Hause die Donnerschläge zweier Handgranaten ertönten. Der Soldat, der sie geworfen hat, ist noch nicht ermittelt. Uhlig führt nun weiter aus, daß durch diese Entladungen bei der vor dem Gebäude harrenden Menge der Eindruck erweckt worden sei, man sei gegen ihre Abordnung im Inneren des Hauses gewaltsam vorgegangen. Fest stehe unter allen Umständen, daß weder Neuring noch eine andere verantwortliche Person einen Befehl zum Werfen von Handgranaten gegeben hatte. Fest stehe ferner, daß durch die beiden Handgranaten niemand verletzt worden ist. Die durch eine andere Handgranate hervorgerufene Verletzung eines auf dem Platze befindlichen Soldaten bedürfe besonders hinsichtlich des Urhebers noch der Aufklärung.

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß nicht nur in dem Gebäude des Kriegsministers, sondern auch auf dem Platze vor dem Gebäude Handgranaten geworfen worden sind. Die Urheber müssen unbedingt festgestellt werden, da erst durch diese herausfordernden Untaten die Vorbedingungen zu dem bedauerlichen Gewaltakt geschaffen wurden.

Straßenbahnerausstand in Leipzig.

Privattelegramm der „Freiheit".

Leipzig, 17. April.

Am Mittwoch hat das Streckenpersonal der Leipziger Straßenbahnen den Ausstand zur Durchsetzung seiner Forderungen beschlossen. Die Arbeiter hoffen, daß es in einigen Tagen zur Annahme ihrer Forderungen kommen werde. Sie sind aber entschlossen, den Streik auf längere Zeit fortzusetzen, auch über die Zeit der Messe hinaus, die am 27. April beginnen soll.

Der 1. Mai in Frankreich.

T. U. Haag, 17. April.

Wie aus Paris gemeldet wird, haben die Verbände der Eisenbahn-, Bergbau- und Dockarbeiter beschlossen, zur Feier des 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Der Kampf der Angestellten.

Das unentwegte Durchhalten der in der Metallindustrie streikenden Angestellten läßt erkennen, daß sich die Massen des kaufmännischen und technischen Personals voll und ganz der grundsätzlichen Bedeutung bewußt sind, die in der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes liegt. Die Streikenden haben auch mit großer Kielklarheit aus dem Gesamtkomplex des Mitbestimmungsrechtes die wichtigsten Grenzlinien gefunden, unter die zu gehen den Verbandsführern nicht möglich ist. So hat sich im Verlaufe des Kampfes herauskristallisiert, daß die Mitwirkung bei Einstellung, Entlassung und Kündigung das Mindestprogramm darstellt. Solange die Unternehmer und die Reichsregierung bei den Einigungs- und Vermittlungsaktionen der grundsätzlichen Erfüllung dieser drei Kardinalforderungen Widerstand entgegensetzen, wird das Ringen der aufstrebenden Angestelltenschaft andauern. Die Streikenden haben auch die Gewißheit, daß in diesem byzantischen Kampf um die Betriebsdemokratie neben der an ihrer Seite stehenden übrigen Kollegenschaft Groß-Berlins stündlich auch die Angestellten im Reiche bereit sind, volle Solidarität zu betätigen.

Wenn trotz des erkennbaren festen Willens der Angestellten die Metallindustriellen auf der anderen Seite nach wie vor hartnäckig dabei bleiben, hinsichtlich der Kündigungen nur ein bedingtes und bezüglich der Einstellungen überhaupt kein Mitbestimmungsrecht zu gewähren, so dürfte diese Haltung wesentlich ihre stärkste Stütze in der unglaublichen Haltung der Regierung gefunden haben. Die neuen letzten Verhandlungen am gestrigen Abend haben deutlich gezeigt, daß die Vertreter der Metallindustrie vor ihrer Reise nach Weimar viel eher zu einer Annäherung an die im Vollzugsrat bereits gefundene Plattform der Brückmannschen Vorschläge bereit waren als jetzt, nachdem sie sich in Weimar beim Reichsarbeitsminister Bauer über dessen, den Angestelltenforderungen entgegenstehende Auffassung, überzeugt haben. Nur so ist es zu erklären, daß der gestern vom Vollzugsrat unternommene Versuch, den Verhandlungsfaden wieder anzuknüpfen, beinahe gescheitert wäre.

Die Anregung der Angestelltensprecher, auf der vor Ausbruch des Generalstreiks bereits gehabten Verhandlungsgrundlage weiter zu beraten, fand zunächst auf der anderen Seite keinerlei Zustimmung, und erst, als von Angestelltenseite die bündige Frage gestellt worden war, ob die Metallindustriellen auch gestern überhaupt keinerlei positive Erklärung abzugeben bereit wären, faßten sie nach längerer Sonderberatung den Beschluß, die vor Ausbruch des Generalstreiks abgegebenen persönlichen Erklärungen nunmehr als für den Verband der Metallindustriellen verbindlich zu erklären. Es gelang dann schließlich auch den Angestellten, entgegen dem Willen der anwesenden Unternehmervertreter, in eine materielle Prüfung der Frage des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen einzutreten. Eine kontradiktorische Unterhaltung zwischen Direktor Peierls und Aufhäuser zeigte bald, daß die bei den Unternehmern bestehenden Bedenken, soweit sie betriebstechnischer Art sind, restlos überwunden werden können und die Angestelltenvertreter auf Grund eingehender Erwägungen sehr wohl in der Lage sind, auch für die praktische Durchführung des geforderten Mitbestimmungsrechtes Vorschläge zu machen. Und wenn die Unternehmer am gestrigen Abend die Diskussion im ganzen etwas weniger dilatorisch geführt hätten, so hätte sich bereits ein positives Ergebnis erzielen lassen müssen.

Der gute Wille zu einer Einigung war aber bei den Unternehmern kaum zu erkennen. Wenn sich die Angestellten dennoch an einer weiteren Kommissionsverhandlung unter dem Vorsitz der Reichsregierung beteiligen, so geschieht es eben aus dem Verantwortlichkeitsgefühl heraus, unser Wirtschaftsleben so weit noch irgend möglich vor der Erschütterung zu bewahren, die eine Fortführung d. h. auch Ausdehnung des Generalstreiks auf das Reich und auf die Arbeiterschaft mit sich bringen muß. Die Regierung wird also als Verhandlungsleiter des vom Vollzugsrat bei der Regierung beantragten Verständigungsversuches oder durch Erlaß eines Notgesetzes die Möglichkeit haben, eine wirtschaftliche Katastrophe von unabsehbarer Tragweite noch zu vermeiden.

Das Vorgehen der Zentralstreikleitung ist bei den Verhandlungen wie bei der Organisierung des Streiks trotz der wachsenden Erregung der Massen nach wie vor von

kraftvoller Ruhe und Besonnenheit geleitet. Die Regierung und die Unternehmer sollten sich indes nicht im Unklaren darüber sein, welche ungeheure Wucht die Fortführung des Generalstreiks haben wird, wenn man die Streikenden durch weitere Verschleppung und Herausforderung dazu zwingt, dieselbe Rücksichtslosigkeit anzuwenden, mit der die Metallindustriellen aus Machtgelüste das gesamte Wirtschaftsleben aufs Spiel gesetzt zu haben. Die Angestellten müssen es ablehnen, die furchtbare Verantwortung zu übernehmen, die entstehen muß, wenn die Regierung auch jetzt noch in ihrer Passivität und die Metallindustriellen bei ihrem Herrenstandpunkt verharren.

*

Heute finden erneut Verhandlungen zwischen Unternehmern und der Zentralstreikleitung unter Vorsitz der Regierung statt, in der nach Möglichkeit eine Einigung erzielt werden soll.

Die Angestellten halten nach wie vor an dem Brückmannschen Vorschlag über das Mitbestimmungsrecht fest.

Von der Zentralstreikleitung wird ausdrücklich festgestellt, daß die Nachrichten der verschiedensten bürgerlichen Zeitungen, wonach die volkswirtschaftlichen Betriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke vom Streik nicht ausgeschlossen seien, nicht zutreffend sind. Von dem Generalstreik werden alle diejenigen Betriebe ausgenommen, die zur Aufrechterhaltung im Interesse der Allgemeinheit notwendig sind.

Sympathiekundgebung der Krankenkassenangestellten.

In einer von mehr als 1500 Mitgliedern besuchten Versammlung der Krankenkassenangestellten wurde beschlossen, den streikenden Angestellten der Metallindustrie und des Baugewerbes ihre vollste Sympathie auszudrücken. Die Forderung des Mitbestimmungsrechtes beschloß die Versammlung ebenfalls zu der ihrigen zu machen. Eine fünfgliedrige Kommission wurde gewählt, um sie dem Krankenkassenvorstande zu unterbreiten.

Weimar oder Berlin?

Das Reichstagsgebäude ist durch die Benutzung durch Regierungstruppen sehr verunreinigt worden und manches auch beschädigt. Während die Regierung dies früher abstritt, benutzt sie diese Tatsache jetzt, um die Zurückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin auf unabsehbare Zeit hinauszuschieben. Dagegen wendet sich jetzt der Magistrat Berlin in einer ausführlichen Eingabe, der wir folgendes entnehmen:

„Die Presse meldet, daß die Zurückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin um deswillen verzagt sei, weil der gegenwärtige Zustand des Reichstagsgebäudes die Aufnahme der Versammlung nicht gestatte, die Wiederherstellungsarbeiten vielmehr eine Frist von vier Monaten in Anspruch nehmen würden. Wir wissen nicht, ob diese Begründung zutrifft, ihre sachliche Unterlage möchte trotz des recht unordentlichen Zustandes des Gebäudes anfechtbar erscheinen. Wenn ein nachdrücklicher Wille zur Zurückverlegung sich geltend macht, ließe sich der Zeitraum sicher bedeutend abkürzen . . .

Auf keinen Fall darf doch eine so nebensächliche Frage wie diese dauernd den Grund für das Verharren in einer von höheren Gesichtspunkten sehr bedenklichen Lage darstellen. Sonst würde eintreten, was wir in unseren Vorstellungen vom Januar d. J. als Gegenstand unserer besonderen Besorgnis bezeichnet haben: daß die Verlegung, die zunächst auf vorübergehende politische Erwägungen gegründet war, von Monat zu Monat unter anderen Gründen aufrechterhalten wird, bis schließlich das Ergebnis eintritt, das man allseits vermeiden zu wollen erklärte, die Lahmlegung der Reichshauptstadt.

Die Reichsregierung hat uns mit der Unterschrift des jetzigen Herrn Reichspräsidenten am 25. Januar mitgeteilt, daß auch für die Zukunft nur Berlin als Reichshauptstadt in Frage kommen könne. Aber schon jetzt sind durch die Tagung von nur zwei Monaten die Regierungsorgane derart zerrissen, daß man von einem Regierungs- und Verwaltungszentrum kaum noch sprechen kann. Wir nehmen an, daß die daraus entstehenden Unbequemlichkeiten auch auf seiten der Regierung, des Parlamentes und alles dessen, was mit ihnen notwendig zusammenhängt, als störend angesehen werden, wie denn auch die Presse von solchen Unzuträglichkeiten täglich berichtet und sich über sie beklagt. Wir aber können namens der dadurch betroffenen Bevölkerung bezeugen, daß diese das Auseinanderfallen des Regierungsbetriebes bitter und schwer empfindet.

Die Eingabe schließt:

Noch über diese Erwägungen hinaus, so entscheidend sie sind, hebt sich die Rücksicht auf die allgemeine Politik, welche schwer leiden muß, wenn der Mittelpunkt der staatsrechtlichen Entschließung mit dem Mittelpunkt der Wirtschaft, des Verkehrs und des Staatslebens nicht zusammenfällt. Wir nehmen nicht ausschließlich das Interesse der Stadtgemeinde Berlin, sondern das aller Staatsbürger wahr, wenn wir an die Zusage des Schreibens vom 25. Januar ernst mahnen und die Bitte aussprechen, die Hindernisse des Tagens der Nationalversammlung in Berlin tatkräftig und durch Gegenströmungen unbeirrt beseitigen zu wollen."

Ungarn, Oesterreich, Deutschland.

Die bürgerliche Presse, die in den ersten Wochen nach der Umwälzung in Ungarn den Versuch machte, die Entente mit der Nachahmung des ungarischen Beispiels zu bluffen, gefällt sich neuerdings darin, die schwärzesten Darstellungen der Lage in Ungarn zu geben und Schauernachrichten über den völligen Bankerott des Wirtschaftslebens zu verbreiten. Demgegenüber ist die Darstellung des Wiener Korrespondenten der „Frankf. Ztg." von Interesse, der nach Rücksprache mit Politikern, die sich an Ort und Stelle über die ungarischen Verhältnisse unterrichtet hatten, unter dem 12. d. M. drahtet:

„Ich hatte Gelegenheit, einige Politiker zu sprechen, die soeben von einer Studienreise aus Ungarn zurückkamen. Sie sind in ihrem Urteil über die ungarischen Zustände weit zurückhaltender als die jetzt in Wien gastierenden Budapester Flüchtlinge, die, mit Juwelen überladen, das jetzige Regime in Ungarn als eine wahre Räuberwirtschaft bezeichnen. Gewiß ist es keine angemessene Zeit für Millionäre, aber es geht doch nicht an, eine revolutionäre Neuordnung, die bewußt auf eine annähernde Ausgleichung des Vermögens ausgeht, nur mit dem Maßstabe des Millionärs zu messen. Die Ungarn machen in gutem Glauben den Versuch einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Wieweit ihnen das gelingt, muß abgewartet werden, und man hat allen Grund, sehr skeptisch zu sein. Aber sie sind keine Räuber. Daß sie Terroristen sind, leugnen sie selbst nicht. Sie meinen aber, die Diktatur des Proletariats sei eine vorübergehende Maßregel, die unentbehrlich sei und allerdings fünf bis zehn Jahre dauern könne. Wenn die Bourgeoisie darüber zugrunde gehe, so trage sie selbst einen großen Teil der Schuld. Als die frühere Regierung mit dem Plan einer weitgehenden Vermögensabgabe hervortrat, machte die ganze alte Gesellschaft dagegen Front und erschütterte das sozialistisch-radikale Kabinett, so daß es nur noch eines äußeren Anstoßes bedurfte, um es zu Fall zu bringen. Aber an seine Stelle trat nicht das von der kurzsichtigen Bourgeoisie erwartete konservative Regime, sondern das kommunistische, das nun kurzen Prozeß mit dem ganzen Vermögen macht."

Ueber die Stärke der kommunistischen Regierung in Ungarn urteilt der Korrespondent der „Frankf. Ztg." nicht so leichtfertig, wie sonst die bürgerliche Presse. Man dürfe sich, schreibt er, nicht darüber täuschen, daß diese neue Regierung keineswegs über Nacht wieder abgetan sein werde; sie habe eine Stütze an den Kleinbauern, die bis zu 100 Kleinjoch im Besitze ihres Bodens bleiben und nur den Pachtzins zahlen, der sie aus Besitzern in Staatspächter verwandelt. Voll Besorgnis beobachtet er die Wirkung des ungarischen Beispiels speziell auf das benachbarte Deutschösterreich und fordert ein schnelles, entschlossenes Arbeiten im Geiste des Sozialismus:

„Man muß durch intensive Sozialisierung den Wünschen der Bevölkerung und der Ungeduld der Massen entgegenkommen . . . Mit der bloßen Firmenänderung wird es aber nicht getan sein, es muß auch rasch und wirklich sozialisiert werden."

So schreibt ein bürgerlicher Demokrat über die Aufgaben der Regierung in Oesterreich, wo immerhin schon etwas für die Sozialisierung geleistet worden ist. Was würde er erst sagen müssen, wenn er sich ehrlich und richtig über die Lotterwirtschaft in Deutschland äußern wollte?

Die Sozialisierung in der Gemeinde.

Die Kommunalisierung in Berlin, die auf Antrag der bürgerlichen sozialdemokratischen Fraktionen von der Stadtverordnetenversammlung einer gemischten Deputation zur Beratung überwiesen ist, war am Mittwoch Gegenstand eingehender Beratung der Deputation, die zunächst folgenden von den Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag einstimmig angenommen hat:

Die gemischte Deputation für die Durchführung der Sozialisierung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Stellen der Reichs- und Landesregierung darauf zu dringen, daß schleunigst durch ein Kommunalisierungsgesetz die gesetzlichen Befugnisse der Gemeinde, u. a. Uebertragung der gesamten Polizei und des Enteignungswesens sowie der Umfang der Entschädigungspflicht geregelt werden, da ohne diese Regelung eine Kommunalisierung, die den Interessen der Gemeinde entspricht, unmöglich wahrgenommen werden kann.

Ferner beschloß die Deputation folgende Unterausschüsse für Vorbereitung der Sozialisierung zu bilden: Brot, Kohle, Wohnung, Milch, Druckerei und Anschlagewesen, Kleidung, Gesundheitspflege und Bestattung. Ein Ausschuß für Bäckerei soll demnächst eingesetzt werden. Die Unterausschüsse sind berechtigt, sich mit Vertretern der Vororte in Verbindung zu setzen. Eine Eingabe der Angestellten des Städtischen Viehhofes Schlachthofes wurde dem Magistrat zur Beratung und Berichterstattung an die gemischte Deputation überwiesen.

Der Unterausschuß für Kohle wird besondere dringende Aufgaben zu erledigen haben, da in dem Sachverständigenbeirat, der auf Grund des Kohlengesetzes von der Reichsregierung in diesen Tagen zusammengetreten ist, Pläne und Zielsetzung der Absatzregelung in Groß-Berlin auf rein privatkapitalistischer Großhandelsgrundlage erörtert werden. Demgegenüber hat der Kohlenverband eine Entschließung gefaßt, die darin gipfelt, daß die Gemeinden an der Kohlenwirtschaft auf Grund des Sozialisierungsgesetzes vom 23. März beteiligt werden, und daß insbesondere ein örtliches Großhandelsmonopol, das den Kohlenhandel von der Gemeinde abhängig macht, von den Gemeinden geschaffen wird. Die Reichsregierung hätte die Pflicht, nicht ohne genaue Prüfung der einer Denkschrift des Kohlenverbandes die unterbreiteten Vorschläge, eine endgültige Regelung des Kohlenabsatzes in den großen Absatzgebieten zu treffen.

Der Bürgerkrieg in Bayern.

Die Regierung Hoffmann wird von allen Seiten gedrängt, auch Reichstruppen gegen München heranzuziehen. Bisher hatte das Zentrum aus partikularistischen Gründen und, wie es scheint, auch einige Mitglieder der Regierung sich gegen ein solches Vorgehen gesträubt. Jetzt aber der Aeltestenrat des Landtags beschlossen, die Regierung zu ermächtigen, von allen Seiten Truppen zur Niederwerfung der Münchener Bewegung heranzuziehen und es ist zu erwarten, daß die Regierung dieses Verlangen erfüllen wird. Zwar hat, wie bereits gemeldet, die Vollzugsitzung des Augsburger Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats auf Antrag der Unabhängigen einstimmig beschlossen, eine Vermittlung zu versuchen, aber es sind bis jetzt wenig Anzeichen auf ein Gelingen dieses Einigungsversuchs vorhanden.

Die militärischen Vorbereitungen.

Nürnberg, 16. April.

Gegen München sind jetzt alle verfügbaren Truppen, besonders aus Regensburg und Ingolstadt, in Bewegung gesetzt, nachdem ein Handstreich wegen zu geringer Stärke mißlungen war. Der Angriff soll von Dachau aus beginnen und von einem bekannten bayerischen General geführt werden. Sämtliche modernen Kampfmittel stehen

Ueber die moderne Malerei.

Anfangs hat Max Deri zwei Vortragsreihen über die Malerei im 19. Jahrhundert beendet, die von der „Freien Volksbühne" im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums und im Theater am Bülowplatz veranstaltet waren. Klassizismus, der Uebergang zur Romantik, die Romantik, der Uebergang zum objektiven Naturalismus und dieser selbst wurden an der Hand ausgewählter Bilder französischer Meister behandelt. Zum näheren Verständnis der Entwicklung des Pointillismus und Kubismus führte Deri eine jüngere historische Erkenntnis an, indem er sagte: Der Ruf unserer Zeit heißt Kraft, welcher die aufgelösten, verstimmenden Formen des Impressionismus nicht entsprechen. Es erwuchs — historisch betrachtet — die Aufgabe, die Bildformen zu festigen. Dies zu erreichen gingen die Pointillisten sehr zaghaft vor, indem sie die kleinste Einheit des Bildganzen, den Pinselstrich festigten, ihm eine bestimmte Form gaben. Sie setzten Point (Punkt) neben Point in hellere oder dunklere Gruppen gesammelt. Zwar sind die Bilder dadurch im Verhältnis zu den impressionistischen in den Formen gefestigter, doch tragen sie einen überaus einfältigen Charakter.

Die Kubisten gehen nicht ganz so zaghaft zu Werke. Ihre Einheit, die verschiedenen Kuben, nach der sie alle natürlichen Dinge nehmen, ist größer. Ihre Bildformen sind fester, schnittiger und von ausgeprägter Eigenart. Hinzu tritt hier eine Erweiterung und Ueberspitzung des Prinzips, indem man von den kubistischen Formen auch zu den geometrischen Formen übergeht und durch rein geometrische Formen glaubt, etwas Schönes ausdrücken zu können.

Der Futurismus wird von Deri kurz mit „Erinnerungsmalerei" übersetzt. Erinnerungsfetzen einer Zeitspanne oder einer Begebenheit werden auf eine Leinwand gebracht. Er leitet ihn folgendermaßen vom Impressionismus über: Bei der Wiedergabe „momentanen Geschehens" an der äußersten Grenze angelangt, taucht die Frage auf: Wann malt man denn überhaupt? Doch nachdem man gesehen, aus dem Gedächtnis, aus der Erinnerung. Dies zum Prinzip erhoben, führt zum Futurismus.

Die absolute Malerei bedient sich einerlei Formen der natürlichen Dinge. Sie will durch ganz bestimmt geführte Linien und zusammengestellte Formen Gefühle ausdrücken.

Zum Uebergang in den Expressionismus rechnet Deri auch Großmeister, die dem Ruf unserer Zeit nach Kraft in ihren Bildformen gerecht werden ohne einer der genannten Richtungen anzugehören. Er führte Cézanne und van Gogh vor.

Doch ihnen fehlt das Wesenseigene des Expressionismus: der Ausdruck großer Gefühle, die unmittelbar den Inhalt der Werke bilden müssen. Dieser Forderung wird, nach dem Urteil Deris, Hodler mit expressionistischen Bildern gerecht. Als besonders bedeutungsvoll hob Deri die stete Entwicklung Hodlers hervor. Dieser malte anfänglich objektiv-naturalistisch, ging dann über zum subjektiven Naturalismus, wurde dem Rufe der neuen Zeit nach Kraft insofern gerecht, als seine Bildformen sich festigten und benutzte diese Formen dann zum Ausdruck großer Gefühle, wurde Expressionist. Nicht alle expressionistischen Werke Hodlers sind ihm gelungen. Bei den gelungenen aber ist es Regel, daß er von der Natur in einigen Formen abweicht, eben zur Erreichung seiner höheren Absicht, des Ausdrucks großer Allgemeingefühle.

Aus dieser Tatsache zieht Deri, bestärkt durch die stetige Entwicklung Hodlers — die der Gesamtentwicklung parallel läuft — den Schluß: Hat der Künstler sein Ziel, den Ausdruck von Allgemeingefühlen durch Abweichungen von der Natur, erreicht, so sind diese Abweichungen zulässig und gerechtfertigt. Hierin ist die Stellung Deris zum Expressionismus und wie er ihn auffaßt, gegeben. Er selbst erklärte, daß seine dargelegte Auffassung, insbesondere über Hodler, keineswegs anerkannt ist und man sich mit ihr den Vorwurf zuziehen kann, von Kunst nichts zu verstehen. Aber er hat doch erreicht, was er wünschte, daß seine Hörer künftig nicht mehr ganz fremd vor den Werken der modernen Malerei stehen werden.

F. G.

Expressionismus der Architektur.

Ausstellungsbetrachtungen.

Expressionismus ist die absolute Kunst, befreit von der Korruption des Gewohnten. Ist der Ausdruck eines freiesten Begriffes, — des Wollens, des Empfindens, unmittelbar in den Gestaltungsmitteln der Kunst, ohne Umweg über gegenständliche Vergleichsobjekte. Ist höchste Sachlichkeit. Expressionismus muß nicht bewiesen werden. Ihn zu begreifen vermag nur, wer dazu reif ist. Zu ihm führen kann man Empfängliche, indem man die Begriffe auflöst, die sie noch hemmen. Ueberredung, Propaganda aber erzieht Snobs und Feinde.

Die Literatur und die bildenden Künste haben ihre Richtung gefunden. Hier ist die Menge der Werke so groß, der Weg so mannigfach, daß noch nicht klar ersehen werden kann, wer die Berufenen sind, die die Zukunft weisen. Die Architektur aber steht am frühesten an der überlieferten Form.

Ihre Befreiung ist noch ein Wunsch geblieben.

In einer Ausstellung am Kurfürstendamm in Berlin hat Bruno Taut an dieser Stelle bereits gewürdigt hat, aber die hier geäußerten Gegenargumente sind beachtenswert. Es werden Entwürfe vorgeführt, welche expressionistisch sein sollen. Auch diese beweisen nur den Wunsch. Aber ihr Weg ist ungangbar. Typisch ist die Lösung der Materialfrage: Glas, alles was ihm verwandt ist. Also ein Klammern an eine Scheerbarths, das diese erstickt. Man braucht also einen neuen Baustoff? Sonst kommt man nicht frei? Aber Expressionismus heißt ja: Widergabe des Seelischen in den Ausdrucksformen der Kunst! Also taugt der Versuch nichts, wenn er diesen Formen ausweicht und neue sucht. Denn das ist das Material neu, nicht aber die Form.

Was man dort als „neu" zu sehen bekommt, ist überwunden. Indien und Hagenbeck. Ich vermag mich bei diesen Ideenflügen nicht von der — bis ins Farbige — durchgeführten Uebertragung von Kluckhennen, Nilpferdrachen, Eisbären, Schnecken, Pilzen, Algen und anderen naturwissenschaftlichen Liebhabereien zu machen. Sie sind von faustdicker Deutlichkeit. Und sie wirken um so beleidigender, als sie mit der Prätension auftreten, neu und echt, befreite, absolute Kunst zu sein.

Es sind noch andere Arbeiten zu sehen, die wirklich expressionistisch empfunden sind: eine Monumentalidee von Wolf und Siedelungsgedanken von Treichel. Diese besonders sind ehrlich und reiner Ausdruck des Seelischen.

Noch sind sie keine Architekturen und werden ihr auch nicht den Weg bereiten. Denn es sind keine Baukünstler, die sie schufen. Die Konzeption geschah auf dem Umweg über die Graphik. Es ist doch aber Expressionismus der Ausdruck des Kunstwollens unmittelbar in den Mitteln der Kunst.

In der Musik, der Dichtung, den bildenden Künsten kennt man diese Mittel. Die Architektur kann ihren Quell auch nur von dem Jungbrunnen ihrer eigensten Technik finden. Was wir in jener Ausstellung sehen, ist unempfunden, ohne Geheimnis. Vorhanden ist nur die Sehnsucht. Auch diese viel. Aber man hüte sich vor Irrwegen, denn sie sind schlimmer als alle Widerstände.

Alfred Gellhorn.

Kleinmöbelausstellung. Heute, Donnerstag, wird im Hofe des Kunstgewerbemuseums eine Ausstellung einfachen Hausrates eröffnet, die vom Deutschen Werkbund, Berliner Kunstgewerbemuseum und von der Gewerkschaftlichen Zentrale veranstaltet wird. Die

Truppen zur Verfügung. So wird sich möglichst nicht umgehen lassen, preußische Truppen oder das Freikorps Epp zur Hilfe zu rufen.

Die „Bayerische Volkszeitung" schreibt: Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, sind bereits preußische Truppen zum Anmarsch nach Bamberg bereit. Die Rote Garde hat bei Allach die Schienen auf der Strecke Ingolstadt—München aufgerissen.

Die Münchener Anarchistenführer Mühsam, Landauer und Wadler wurden in das Zuchthaus Ebrach bei Bamberg gebracht. Aus Würzburg wurden Sauber und Hagemeister ebenfalls dorthin gebracht.

Die Münchener Kommunisten haben als Gegenmaßnahme eine Reihe angesehener Bürger als Geiseln verhaftet. Dagegen ist der bei Regensburg verhaftete Bauernbundführer Gandorfer wieder in Freiheit und hält sich gegenwärtig in Bamberg auf.

Stuttgart, 16. April.

Wie verlautet, ist die bayerische Regierung an die Reichsregierung mit der Bitte um militärische Hilfeleistung auch aus Württemberg zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit und der Beseitigung der anarchistischen Gefahr in Südbayern herangetreten. Die Reichsregierung soll diese Bitte auch Württemberg sofort übermittelt haben. Die Entschließungen der Staatsregierung sind noch nicht bekannt.

Die Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet.

Die Regierungstruppen haben, wie wir gestern bereits meldeten, in Kettwig 400 Vertrauensleute der Bergarbeiter verhaftet, die nichts anderes taten, als in einer Versammlung zur Streiklage Stellung zu nehmen. Mit Behagen hat die bürgerliche Presse von dieser Gewaltmaßnahme der Regierung Kenntnis genommen, obwohl sie selbst berichten muß, daß ein Teil der Delegierten geneigt war, für den Abbruch des Streiks einzutreten. Wie diese Verhaftung vor sich gegangen ist, das schildert die schwerindustrielle „Deutsche Zeitung":

Als die Konferenz ungefähr eine Stunde gedauert hatte, ertönte von allen Seiten plötzlich heftiges Gewehrfeuer. Die Konferenzteilnehmer eilten an die Fenster und sahen, wie von den angrenzenden Hügeln die bewaffneten Regierungstruppen unter unaufhörlichem Gewehrfeuer herankamen. Alles ergriff die Flucht, aber in wenigen Augenblicken war das Versammlungsgebäude umstellt. Mit erhobenen Armen mußten sich die Konferenzteilnehmer auf die Landstraße begeben. Nur wenigen gelang es, sich durch die Flucht in Sicherheit zu bringen. Die Offiziere der Regierungstruppen erklärten alle Konferenzteilnehmer für verhaftet.

In geschlossenem Zuge ging es nach Werden. Von dort aus wurden die Verhafteten nach Essen gebracht. Bei der Umzingelung des Versammlungsgebäudes wurde eine Anzahl von Delegierten mehr oder weniger schwer verletzt.

120 Delegierte sind in der Haft behalten worden, während man die übrigen wieder auf freien Fuß gesetzt hat. Die in der Haft Verbliebenen sollen durch ein Kriegsgericht abgeurteilt werden.

Das sind die einzigen Mittel, die die Regierung zur Beendigung des Generalstreiks aufzuwenden weiß. Sie werden nicht dazu beitragen, daß im Ruhrgebiet Ruhe eintritt. Möglich, daß die Bergarbeiter jetzt die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen. Aber damit wird die gewaltige Erregung und Erbitterung, die sich der Bergarbeiter bemächtigt hat, weil die Sozialisierung des Bergbaues nicht erfolgt, nicht verschwinden. Die Gewalt kann wohl für den Augenblick Erfolg haben, auf die Dauer muß sie indes unterliegen.

Essen, 16. April.

In der Mittagsschicht verminderte sich die Zahl der Streikenden abermals um über 1200. Sie stellte sich auf 86 030 gegen 87 271 in der gestrigen Mittagsschicht, insgesamt wird auf 52 Schachtanlagen wieder voll gearbeitet. Von mehreren Zechen wird gemeldet, daß die Arbeit morgen früh wieder aufgenommen werden soll.

Mülheim (Ruhr), 16. April.

Die Mülheimer Arbeiterschaft beschloß in einer heute abgehaltenen Massenversammlung den Generalstreik abzubrechen und morgen geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen. Nur die Bergarbeiter werden im Streik weiter verharren.

Düsseldorf, 16. April.

In der am Mittwoch abend abgehaltenen Betriebsversammlungen der streikenden Arbeiter wurde mit überwiegender Mehrheit der Beschluß gefaßt, den Generalstreik in Düsseldorf sofort abzubrechen und bereits am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Der heutige Tag ist ruhig verlaufen.

Der Streik in Bremen.

Die Arbeiter der Großbetriebe in Bremen stehen im Streik. Sie verlangen Erfüllung der in dem Ultimatum an die Regierung gestellten Forderungen. Jetzt hat sich der Streik ausgedehnt.

Bremen, 16. April.

Der Generalstreik hat heute im Laufe des Tages zur Stillegung des gesamten Straßenbahnverkehrs geführt. Nur wenige Linien halten den Betrieb zeitweise notdürftig aufrecht.

Aus Bremerhaven verlautet, daß der Arbeiterrat und der Sechzehner-Ausschuß die ungestörte sofortige Abfertigung der auf der Unterweser laufenden amerikanischen Lebensmittelschiffe und den ungestörten Abtransport der sämtlichen dort liegenden oder auf Lager zu bringenden Nahrungsmittel gewährleisten. Sie wollen jeden Versuch, diese Arbeit zu stören, mit Entschiedenheit bekämpfen.

Der Untersuchungsausschuß.

Die Preußische Landesversammlung beschäftigte sich in zwei Sitzungen, gestern und vorgestern, mit den Berliner Januarunruhen. Abg. Dr. Rosenfeld verlas vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn, in welchem dieser aufs Schärfste die unwahren Angaben des Regierungsrats Dr. Dohé über angeblich verschwundene Gelder zurückweist und zu jeder einzelnen Behauptung des Regierungsvertreters Stellung nimmt. Wenn Gelder oder Beläge fehlten, so sei nicht Eichhorn verantwortlich, der mit Kassengeschäften nichts zu tun gehabt habe, sondern der Kasseninspektor Reh. Die angeblich unterschlagenen 5100 M. und 1625 M. hätten mit den Polizeigeldern nichts zu tun gehabt. Frau Eichhorn habe außerdem dem Polizeirat Ackroll diese Summen längst zur Verfügung gestellt. Die Bewaffnung einer Sicherheitswehr von 3000 Mann sei nach dem 9. November vom Vollzugsrat in Uebereinstimmung mit der preußischen Regierung beschlossen worden. Der Waffenmeister Worlitzer habe über Einnahmen und Ausgaben der Waffen genau Buch geführt. Eichhorn persönlich habe nur den Ministern Hirsch und Ernst je einen Browning mit Munition übergeben. Eine Waffen- und Lebensmittelerpressung bestreitet Eichhorn ganz entschieden. Von einem Sauerstoffgebläse wisse er überhaupt nichts, und von einer Rotenpresse sei ihm nur bekannt, daß der Sicherheitsdienst in einem Werbebureau für jüdische Sicherheitswehr ein Cliché gefunden hätte. Eichhorn soll unter seiner Braunschweiger Adresse als Zeuge geladen werden.

Als Zeugen wurden vernommen: Untersuchungsrichter Laschke, Staatsanwalt Zumbreich, Major von Stephani, Vollzugsratsmitglied Stolt, Leutnant Fischer, Intendanturrat Bongard, die Redakteure Albert Baumeister und Erich Knittner. Leider können wir über die Zeugenaussagen vorläufig nichts berichten, da der Ausschuß gegen den Widerspruch des Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) und einiger anderer Ausschußmitglieder mit 9 gegen 5 Stimmen beschlossen hat, mit Rücksicht auf die schwebenden Strafverfahren den Inhalt der Aussagen für vertraulich zu erklären. Gerade die Oeffentlichkeit des Verfahrens hätte eine Kontrolle der Zeugenaussagen ermöglicht. Der Beschluß des Ausschusses ist sehr bedauerlich.

In der nächsten Sitzung des Ausschusses am 3. Mai soll die Beweisaufnahme fortgesetzt werden.

Gewerkschaftliches.

Eine Abrechnung.

Ueber die Transportarbeiterversammlung im „Deutschen Hof" am Dienstag abend, über deren stürmischen Verlauf wir schon kurz berichteten, geht uns noch folgender Bericht aus Mitgliederkreisen zu:

Zu stürmischen Kundgebungen gegen die leitenden Beamten des Deutschen Transportarbeiterverbandes kam es Dienstag abend in der Generalversammlung der Ortsverwaltung Groß-Berlin im „Deutschen Hof", Luckauer Straße.

Der erste Redner, der frühere Verbandsangestellte Franke, schilderte in fesselnder Weise, wie man ihn wegen Verteilens von Flugblättern gegen den Krieg im Verbandsbureau bei der Staatsanwaltschaft denunziert hätte, so daß er verhaftet wurde. Da ihm jedoch nichts nachzuweisen war, wurde er, um ihn unschädlich zu machen, zum Heeresdienst eingezogen, trotz seiner körperlichen Untauglichkeit. Nachdem er vom Heere entlassen war, lehnte die Ortsverwaltung es ab, ihn wieder in seine alte Stellung einzusetzen. Seine früheren Kollegen stellten die Sache so hin, als ob er Unterschlagungen von Verbandsgeldern begangen hätte, obgleich sie die Unwahrheit dieser gemeinen Verleumdungen genau wissen mußten.

Frankes Ausführungen, auch die Schilderung der Kriegsbegeisterung der Gewerkschaftsangestellten (natürlich nur der Zuhausegebliebenen), erweckten bei den Delegierten stürmische Entrüstung.

Sein Appell an die Versammlung, derartige Angestellte, welche die ganze Kriegszeit die Annexionspolitik der Regierung mitmachten, welche immer nur „Durchhalten" predigten, welche das Hilfsdienstgesetz befürworteten und jetzt mit der sogenannten sozialistischen Regierung durch dick und dünn gingen, nicht wieder zu wählen, fand bei den Delegierten eine so begeisterte Aufnahme, wie es sich die Gewerkschaftsbonzen wohl nicht hatten träumen lassen. Alle Verdrehungsversuche der Angestellten mußten nichts, die Entrüstung über ihr erbärmliches Verhalten während und nach dem Kriege war allgemein.

Die nachfolgenden Redner brachten immer neues Belastungsmaterial und erhoben so wuchtige Anklagen gegen die Bezirksverwaltung und den Hauptvorstand, daß die Stimmung der Delegierten immer erregter wurde und es zu stürmischen Kundgebungen gegen diese Instanzen kam. Wiederholt drohte der Vorsitzende Werner, die Versammlung zu schließen.

Wegen der vorgerückten Zeit fand schließlich Vertagung statt. Die endgültige Abrechnung mit dem Berliner Vorstand soll am dritten Osterfeiertag, abends 6 Uhr, in den „Musikersälen", Kaiser-Wilhelm-Straße, stattfinden.

Generalversammlung der Sattler und Portefeuiller.

Bei Boeker in der Weberstraße fand am Donnerstag eine Generalversammlung der Verwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuiller statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Kollege Blume Protest gegen die Leitung der letzten Generalversammlung an dem Sonntage, an dem die Verhaftung Däumigs in Berlin bekannt wurde. Die Leitung telephonierte während der Versammlung mit dem Vollzugsrat zwecks Stellung eines Referenten, wobei die Verhaftung Däumigs gemeldet und die Verbandsleitung gebeten wurde, diese Tatsache der Versammlung bekannt zu geben, was aber nicht geschehen ist. Der Vorsitzende Schulze entschuldigte diese Unterlassungssünde mit der Unkontrollierbarkeit solcher telephonischer Mitteilungen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden die Kollegen Sänger, Schöplewitz und Schütlke als Revisoren gewählt, als Kuratoriumsmitglieder Langer, Hoffmann, Hein und Cain, als Ersatzleute für den Arbeitsnachweis Gottschalk, Käppchen, Bolz und Hilse.

Genosse Malzahn hielt dann einen Vortrag über „Rätesystem und Gewerkschaften". Der Vortragende schilderte u. a. den Aufbau des Rätesystems vom Betriebsrat bis zur höchsten Instanz des Reichswirtschaftsrats, der seine Aufgaben nur erfüllen kann, wenn die Arbeiterschaft auch die politische Macht in Händen hat. Die Folgen des von der rätefeindlichen Regierung angeordneten Bezirkswahlsystems wurde illustriert durch ein Erlebnis des Referenten in Senftenberg, wo von 13 Versammlungsbesuchern 12 Arbeiterräte gewählt wurden. Die Gewerkschaften, deren bisherige Erfolge der Redner nicht schmälern will, haben auch jetzt noch wichtige Aufgaben zu erfüllen, wenn sie mit den Arbeiterräten zusammen arbeiten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, für strikte Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai Sorge zu tragen, wenn die Regierung es unterlassen sollte, den 1. Mai als Nationalfeiertag zu erklären.

Generalversammlung der Maler.

Am Sonntag, 6. April, fand die Fortsetzung der Generalversammlung des Berliner Verbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher statt. Die eingebrachte Resolution wurde gegen 3 Stimmen nach einer lebhaften Diskussion angenommen: „Die Generalversammlung kann sich mit der Tätigkeit des Filialvorstandes während der Kriegsjahre sowie des letzten Berichtsjahres nicht einverstanden erklären. Sie verurteilt aufs schärfste die von den Gewerkschaftsangestellten im Sinne der Generalkommission und von der Berliner Gewerkschaftskommission propagierte Durchhaltepolitik, durch deren Wirken auch unsere Kollegen empfindlich geschädigt wurden, anderseits verurteilt die Versammlung die Tatenlosigkeit der Ortsverwaltung während des Krieges und nach demselben auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegen in Berlin, insbesondere aber verurteilt die Versammlung die jetzige Haltung in bezug auf die politische Stellungnahme und Gestaltung der gewerkschaftlichen Probleme. Sie kann nur zu solchen Angestellten und Funktionären Vertrauen haben, die sich verpflichten, für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterräte im Sinne des revolutionären Proletariats sowie die Propagierung des politischen Klassenkampfes einzutreten. Die Versammlung fordert von allen Angestellten der Filiale Berlin, daß sie von ihren Aemtern zurücktreten, damit es den Kollegen möglich ist, dieselben in ihrem Sinne und zu einer gedeihlichen Entwicklung der Organisation zu besetzen. Desgleichen verpflichten sich alle Kollegen, treu zur Organisation zu stehen, jede Zersplitterungsbewegung zu bekämpfen und unermüdlich an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten." Darauf mußte die Neuwahl der Verwaltung auf eine demnächst stattfindende Versammlung vertagt werden.

Beendete Lohnbewegung der Steinarbeiter Berlins.

In einer am Sonntag, den 6. April, stattgefundenen Versammlung berichtete die Tarifkommission über das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den Unternehmern, welche folgende Ver-

---

stellung soll bis Mitte Mai dauern und ist täglich von 10 bis 8 Uhr geöffnet. Eintritt frei.

Richtlinien der Genossenschaft sozialistischer Künstler.

Der Kampf zwischen Idee und Mechanismus, zwischen der persönlich begründeten schöpferischen Arbeit und der im Kapitalismus zum herrschenden Prinzip gewordenen mechanischen Arbeit, die auf der Lohnarbeit, der gekauften bloßen Arbeitskraft beruht, schuf auch den Konflikt aller echten und überzeugten Kunst- und geistigen Arbeit.

Das geistige und künstlerische Schaffen konnte sich bisher nur durchsetzen, indem es sich den Gesetzen des Kapitalismus irgendwie anpaßte, indem der einzelne versuchen mußte, sich in irgendeinem Grade marktfähig zu machen oder mit seiner Arbeit eine industrielle Verwertung zu erreichen. Die sozialistische Genossenschaft bildender Künstler und Schriftsteller steht in der gegenwärtigen Zeit Symptome des Untergangs der kapitalistischen Wirtschaft und ebenso das endliche Erscheinen der Macht des gesamten arbeitenden Volkes, das seine Ansprüche auf Kunst und Kultur damit anders als bisher durchsetzen kann. Und so erachtet sie den Zeitpunkt mehr denn je für den Zusammenschluß auch der sozialistischen Künstler für gekommen.

Was sie erreichen will, ist der Zusammenschluß einer möglichst großen Anzahl sozialistischer Künstler, deren formale Qualität außer Zweifel steht und die in ihrer Korporation nun die ihr von außen zu stellenden Aufgaben übernimmt, in der Weise, daß nach einem gleichheitlichen Prinzip in der Folge jeder Genossenschaftler an den Aufgaben beteiligt wird.

Wir denken dabei an die mannigfachen Möglichkeiten wahrhaft freudiger, guter und darum künstlerischer Feste, an die ständige und selbstverständliche Mitarbeit der Künstler an alledem, was die Arbeiterschaft in kultureller Hinsicht für sich verlangt, was sie für sich zu manifestieren oder als dauernde Einrichtung zu konstituieren sucht. An die tätige Mithilfe auch ihres privaten und persönlichen Lebens, soweit er direkt oder indirekt veredelt werden kann. Wir wollen Vorbilder geben durch Prinzipien absoluter Qualitätsgesetze für diese Dinge: Häuser, Wohngestaltung, Möbel, Gerät, Kleidung usw. Wir denken ferner an die Möglichkeit, die vorhandenen Geistesschätze der großen Dichter und Denker der nationalen und internationalen Welt den großen Massen erreichbar und zum Eigentum zu machen, damit die Phrase vom „geistigen Besitz eines Volkes" eine tatsächliche Verwirklichung erreichen kann. Alles in allem: eine neue organisierte, eine wahrhaft sozialistische Gesellschaft müßte in ihren geistigen und kulturellen kommunistischen Zielen, soviel der Aufgaben bereit haben, daß die vorhandenen künstlerischen und geistigen Kräfte — nicht wie bis heute — überflüssig sind, sondern vielmehr kaum genügen dürften.

Eine Reihe der bedeutendsten Künstler, deren Werk von jeher der Ausdruck ihrer sozialistischen Gesinnung war und die in schwerer Mühsal den Kulturboden pflügten, auf dem die Forderungen des arbeitenden Volkes heute zum Siege reifen, haben sich bereit erklärt, als Obleute unserer gewerkschaftlichen und künstlerischen Organisation an die Spitze zu treten. Wer also mit uns der Gesinnung ist, daß nicht nur „Arbeiter und Wissenschaft zusammen gehören von nun an", wie Lassalle es aussprach, als die größte wissenschaftliche Erkenntnis des 19. Jahrhunderts sich in den Dienst der Arbeiterklasse stellte, — sondern auch Arbeiter und Künstler von nun an —, der unterstütze und helfe uns.

A. A. Vorstand
Friedrich Natterroth.

Auf der Tagung der Deutschen Bühnengenossenschaft, dem „Parlament der Schauspieler", stimmten die Delegierten einer Entschließung zu, in der den im Kampfe um die Erringung des Mitbestimmungsrechtes stehenden Angestellten volle Sympathie ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht wird, daß die Genossenschaft nach gleichen Zielen strebt. Die Delegiertenversammlung erkennt in der Entschließung an, daß nötigenfalls die geschlossene Solidarität aller Arbeitnehmer zur Erlangung dieses Zieles unerläßlich ist. Präsident Rickelt bedauert, daß sich vier Stimmen dagegen fanden und betonte, daß es sich hier um den Kampf zwischen Proletariat und Kapitalismus handle. Nicht zuletzt hängt aber von diesem Ausgang auch die Entwicklung der Kunst ab. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde der Entwurf eines Normalanstellungsvertrages (mit Ausnahme der vom Bühnenverein eigenmächtig hinzugefügten Zusätze) gutgeheißen und nach längerer Beratung der im Entwurf vorliegende Tarifvertrag mit großer Mehrheit angenommen. Die Stellenvermittlung soll in Zukunft durch einen paritätischen Stellennachweis erfolgen. Präsident Rickelt legte die vielen großen Mißstände dar, die das jetzige System der Stellenvermittlung durch die Agenturen für die Schauspieler hat, wie gerade die Schauspielerinnen oft in recht schamloser Weise von Agenten behandelt worden seien. Es sei endlich Zeit, mit diesen „Menschenhändlern" ein Ende zu machen.

…ändnisse machten: 1. Einführung der allgemeinen Lohnarbeit, des Einheitslohnes und der Lohnzahlung am Freitag. 2. Einbeziehung der Frauen in das Tarifverhältnis. 3. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden täglich, wöchentlich 48 Stunden einschl. etwaiger Ueberstunden. Für Ueberstunden 30 Proz. Zuschlag. Schluß der Arbeitszeit Sonnabends ½ Stunde früher, an den Tagen vor den hohen Festen um 12 Uhr mittags bei Fortfall der Frühstückspause, jedoch bei voller Lohnzahlung. 4. Auslösung nach außerhalb 6 Mark pro Tag einschl. Sonntage. 5. Das benötigte Fahrgeld nach den Bauten. 6. Bezahlung der Regenzeit. 7. Umkleide- und Speiseräume. Wöchentliche Reinigung derselben, verschließbare Spinden, Wasch- und Heizgelegenheit. 8. Wasserdichte Schürzen für jede Maschine. 9. Ausschalten der Zwischenunternehmer durch ein tarifliches Verbot. 10. Die Stundenlöhne betragen vom 1. April ab für Steinmetze 2,60 Mark, für Schleifer, Fräser, Dreher 2,40 Mark; für Anfänger in der Schleiferei im ersten Halbjahr 1,70 Mark, im zweiten Halbjahr 1,85 Mark, im dritten Halbjahr 2 Mark. Für Frauen im ersten Halbjahr 90 Pf., im zweiten Halbjahr 1,20 Mark, im dritten Halbjahr 1,40 Mark.

Der Tarif gilt vom 1. April bis 30. September. Kündigung vier Wochen vorher.

Abgelehnt wurde die Einbeziehung der Hilfsarbeiter, Jugendlichen und Lehrlinge in das Tarifverhältnis. Jedoch wurde betr. der Lehrlinge durch den Gesellenausschuß erreicht, daß dieselben nicht mehr, wie bisher vier Jahre, sondern nur noch drei Jahre zu lernen brauchen. Auch die Kostgeldfrage wurde geregelt.

Nach eingehender Diskussion, die noch manche Kritik an den Vereinbarungen zutage förderte, wurde diesen mit 908 gegen 76 Stimmen zugestimmt. Ebenfalls zugestimmt wurde der Angliederung des neu zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweises an den der Stadt Berlin. Als Arbeitsvermittler wurde Koll. Winkler gewählt. Gegen die Schreibweise des „Steinarbeiter", besonders gegen den in Nr. 6 erschienenen Artikel „Der Geist von Weimar", der sich mit Noske solidarisch erklärte, wurde mit großer Mehrheit eine Protestresolution angenommen. Ein Antrag, der sich gegen das Zusammenarbeiten mit Angehörigen der Freiwilligenverbände aussprach, fand viel Fürsprecher, konnte aber wegen vorgerückter Zeit nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden. Die Versammlung am 1. Mai findet um 10 Uhr vormittags im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt und ist ein Redner der U.S.P. als Referent ausersehen.

Gründung einer Vereinigung sozialistischer Gewerbetreibender.

Am Sonntag, den 13. d. M., tagte eine nach den Meistersälen, Köthener Straße, berufene Versammlung der auf dem Boden der drei sozialistischen Parteien stehenden, im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches selbständigen Agenten, Kaufleute und Gewerbetreibenden. Nach einem Referate des Genossen Dr. L. Holtz über die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses des durch den langen, furchtbaren Krieg und die allgemeine Notlage, besonders durch die vielen Kriegsverordnungen in seiner Existenz am schwersten und tiefsten, bis zur völligen Vernichtung bedrohten kleineren selbständigen kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes, dem auch die vielen Diskussionsredner aus allen Lagern zustimmten, wurde beschlossen: „Einen vorläufigen, aus je drei Mitgliedern der U.S.P.D. sowie der S.P.D. und eines Juristen als Obmann (Dr. L. Holtz) gewählten Ausschusses zu beauftragen, sofort einen Entwurf zur Gründung einer Vereinigung, Namen und Statuten derselben, zu entwerfen, eine neue konstituierende Versammlung einzuberufen und Propaganda für diese zu machen.

Branchenversammlung der Emaillierer, D. M. V.

Die am 13. April im Gewerkschaftshaus tagende Branchenversammlung der Emaillierer und der verwandten Berufe im Deutschen Metallarbeiter-Verband, welche gut besucht war, nahm nach einem lehrreichen Vortrag über die Bedeutung des Rätesystems eine Resolution an, nach der sie erklärt, im Rätesystem die einzige Grundlage zu erblicken, welche zur Vergesellschaftung unseres Wirtschaftslebens durchgreifend führen muß in Gemeinschaft mit unseren Gewerkschaften. Sie erblickt in den zu gründenden Arbeitsgemeinschaften nicht das geeignetste Mittel, welches uns dem Sozialismus näher brächte. Sie sieht in den jetzigen politischen Machthabern und Truppen die Elemente, welche den alten reaktionären Machthabern durch deren Gegenrevolution den Steigbügel nur halten, in der Noskegarde nur den Schutz und Hort der jetzigen Gesellschaft. Sie verpflichten sich, Arbeiten, welche für die Erhaltung der Freiwilligen dienen, zu verweigern, sowie ein Zusammenarbeiten mit denselben bei ihrer Entlassung abzulehnen.

Groß-Berlin.

Bedrohung von Streikposten.

Ein sitzender Angestellter schildert uns folgenden Vorfall, der sich heute früh bei Wertheim, Königstraße, abgespielt hat: Es erschienen von den 4. Kürassieren 8—10 Regierungssoldaten, bedrohten die Streikposten mit Revolvern und griffen einen Herrn der Streikleitung tätlich an. Als die Streikposten nunmehr der Gewalt weichen mußten, forderten die Regierungssoldaten die arbeitswilligen Angestellten, die sich eingefunden hatten, auf, ihnen zu folgen und ließen sie in das Gebäude hinein.

Dieser Vorfall steht nicht allein. Die Streikleitungen haben schon wiederholt dagegen protestiert, daß Streikposten behelligt werden.

Die Zahlungspflicht für die Fürsorgeerziehung.

Wir schleppen noch viel altes Gerümpel mit uns. Das zeigt das große Gebiet der Fürsorgeerziehung. Die Ueberweisung durch das Amtsgericht ohne persönliche Ladung und Tatsachenfeststellung nur auf Grund schriftlicher Angaben, die Erziehung selber bedürfen gründlicher Aenderungen. Die Eltern werden vielfach zu den Kosten der Unterbringung herangezogen und sie sind darüber auf das äußerste empört. Erst nähme man ihnen die Kinder ab und dann müßten sie noch bezahlen, erklären die Eltern. Die juristischen Dezernenten der Waisenverwaltung erlassen sogar Zahlungsverbote an die Arbeitgeber, bei denen die Eltern beschäftigt sind, und beschlagnahmen den Lohn für Erziehungsbeiträge. Viele finden dieses Verfahren ganz unverständlich und doch steht ihre Berechtigung noch auf dem Papier.

Mißwirtschaft in der Universitätsklinik.

Man schreibt uns: „In der Chirurgischen Universitätsklinik muß noch jetzt das Pflegepersonal für 140 M. monatlich arbeiten, die achtstündige Arbeitszeit steht auf dem Papier, denn oft müssen die Angestellten noch 14 Stunden arbeiten. Nach der Revolution bekam die Leitung der Klinik es mit der Angst zu tun und ordnete das Einheitsessen an, aber bald wurde man wieder zuversichtlich, das Einheitsessen verschwand und die Aerzte und Schwestern bekommen ein besonderes Essen, während „das Personal", das die schwerste Arbeit hat, mit den Wassersuppen vorlieb nehmen muß. Mitschuldig daran, daß diese und viele andere Uebelstände noch nicht beseitigt sind, ist der Gewerkverein der Krankenpfleger. Dieser gelbe Unternehmerverband hat natürlich gar kein Interesse, für seine Mitglieder zu sorgen, sondern sucht seinen Hauptzweck darin, sich bei den Anstaltsleitern einzuschmeicheln. Selbstredend wütet sein Vorstand gegen alle, die mit den freien Gewerkschaften sympathisieren."

Dies Schreiben zeigt recht deutlich, was von den gelben Gewerkvereinen zu halten ist. Hier hat jeder einzelne Krankenpfleger und -pflegerin die Pflicht, die Konsequenzen zu ziehen und dort hinzugehen, wo wirklich ihre Interessen vertreten werden, nämlich: in die Sektion der Krankenpfleger des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Engelufer 15 (Gewerkschaftshaus).

Plünderung einer Waffenhandlung.

In der Nacht zum 5. März wurde in der Weinmeisterstraße die Waffenhandlung von Beier geplündert. Sechs junge Leute drangen in das Geschäft ein und entwendeten Waffen und Munition. Der neunzehnjährige Arbeiter Grabow wird beschuldigt, an dieser Plünderung teilgenommen zu haben. Er wurde auf der Straße mit drei Revolvern und Munition angetroffen und verhaftet. Nach seiner Angabe hat er Waffen und Munition von einem Matrosen in die Hand gedrückt bekommen und mit dem Vorfall in der Waffenhandlung nichts zu tun gehabt. Der als Zeuge vernommene Geschäftsinhaber Beier spricht die Vermutung aus, daß der Angeklagte mit in das Geschäft eingedrungen ist. Der Verteidiger Dr. Friese gibt der Meinung Ausdruck, daß das Gericht auf die bloße Vermutung des Zeugen Beier hin den Angeklagten nicht verurteilen könne. Es käme höchstens Hehlerei in Frage, und diese abzuurteilen, ist Sache des ordentlichen Richters. Das Kriegsgericht nahm die Beteiligung des Angeklagten als erwiesen an und verurteilte ihn zu 4 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Der siebzehnjährige Lehrling Schulz, der einer zehnköpfigen Familie angehört, hat sich vom Bahnhof Frankfurter Allee am 12. März 30 Pfund Mehl geholt. An diesen Tagen wurden Lebensmittel aus erbrochenen Eisenbahnwagen verteilt. Der Anklagevertreter beantragte, den Angeklagten w[egen Teil]nahme an einer Plünderung zu 6 Monaten Gef[ängnis] zu verurteilen. Das Kriegsgericht nahm an, daß dem [jugend]lichen Angeklagten das Bewußtsein gefehlt hat, daß er bei Annahme des Mehls sich der Teilnahme an der … schuldig gemacht habe. Aus diesem Grunde wurde … als Diebstahl angesehen und an das ordentliche … verwiesen. Schulz wurde aus der Haft entlassen.

Die Verteilung des ausländischen Weizenmehls

Um die ordnungsmäßige Verteilung des ameri[kanischen] Weizenmehls sicherzustellen, hat der Magistrat Berlin … reiche Kontrollmaßregeln getroffen. Insbesondere wer[den die] einzelnen Kleinhandelsgeschäfte durch Beauftragte des M[agistrats] auf die genaue Innehaltung der erlassenen Vorschriften [kontro]lliert werden. Die Beauftragten sind mit Ausweisen ver[sehen, die] den Dienststempel des Magistrats tragen. Sie sind berech[tigt,] erforderlichenfalls Proben zu ziehen. Die Bevölkerung [wird ge]beten, die Beauftragten des Magistrats in ihrer Tätig[keit nach] Möglichkeit zu unterstützen und vor allem die erforder[lichen Aus]künfte bei Vorzeigung der Ausweiskarte zu erteilen. … Wahrnehmungen über Unregelmäßigkeiten bei der Ab[gabe des] ausländischen Weizenmehls können der Abteilung für … Burgstraße 8, übermittelt werden. Wegen eines groben … gegen die oben erwähnten Vorschriften ist übrigens be[reits ein] Händler von der weiteren Belieferung mit Mehl und N[ährmitteln] ausgeschlossen worden.

Charlottenburg. In der Stadtverordnetensitzung am …tag, die sich bis nach Mitternacht hinzog, stand der Haushaltsplan zur Debatte. Es gelang der bürgerlichen Me[hrheit, den] Antrag der Sozialdemokraten die Grundbesitzsteuer au[f …] gegenüber dem vorgesehenen Satz von 3 Proz. festzu[setzen,] abzulehnen. Genosse Hertz kritisierte sachlich und gr[ündlich] den unsozialen Charakter des Etats und lehnte ihn im … der U.S.P. ab, ebenso sprach Genosse Jarius gegen [die Lust]barkeitssteuer, der die U.S.P. nicht zustimmen könne. … Schuletat hatten die Rechtssozialisten beantragt, daß … schichtsunterricht auf die Bedeutung des großen Umsch[wunges im] Staatsleben hingewiesen würde. Genosse Löwenstein ver[langte,] daß aus dem Geschichtsunterricht der Hohenzollern… die Kriegsbegeisterung zu verschwinden haben und an … die großen sozialen Bewegungen eingehend zu würdi[gen …] Eine Rede des Rechtssozialisten Heilmann, der bei … legenheit radikale Töne mimte, erregte den Zorn der b… Rechten, die sich in den gröbsten Beschimpfungen auf … tion, in der Verherrlichung der Hohenzollern und des Offizierskorps ergingen. Durch Schluß der Debatte … unserem Redner nicht mehr möglich, den Bürgerlichen … Rechtssozialisten die Wahrheit über die Mitschuld an … längerung des verbrecherischen Krieges zum Ausdruck zu … Ein Antrag der U.S.P. auf Streichung von Geld… Seelsorge in den Krankenanstalten wurde von den … lichen abgelehnt. Weitere Anträge, die sich auf Jug… Arbeiterbildung und Sportpflege bezogen, fanden Z… Die Anfrage der U.S.P. an den Magistrat, ob er den … und mit den geschmacklosesten Bildern ausgeschmückten … Leiters des Krankenhauses Westend gegen den General… erregte die stürmische Entrüstung der Bürgerlichen, deren … erst durch die Zwischenrufe unserer Genossen gezwungen, … sam einige mißbilligende Worte gegen den Streik der … rang. Auch hier verhinderte Schluß der Debatte die … unserer Genossen

Verteilung von Sparprämien an Kriegsbeschädigte. [Die] Stadtsparkasse Berlin-Schöneberg beabsichtigt aus Ueber… städtischen Girokasse Sparprämien an bedürftige Krie[gsbeschä]digte zu verteilen soweit diese Sparer dieser Kasse waren … Bevorzugt werden Verheiratete und Einwohner der Stadt Schöneberg. Meldungen werden bis 15. Mai cr. ent[gegen]genommen.

Aus den Organisationen.

Friedenau. Heute abend 7½ Uhr im Kaiser-…-Garten, Rheinstr. 64, Generalversammlung.

Freie Jugend Prenzlauer Vorstadt. Heute Donn[erstag] abends 7½ Uhr, im Lokal von Eichhorn, Danziger Straße … Vorlesungen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — … Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — … Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm …

Gift und Galle
Unterirdische Literatur aus zwei Jahrhunderten. Herausg. von Ernst Drahn
Preis: geh. M. 5,—, gebunden M. 7,50
„… eine Sammlung radikal-… politischer Volksstimmen.
In diesem Buche gärt und siedet, … und lodert heftige Angriffsbewegung!" (Vorwärts).
Bisher verbotene, unterdrückte Literatur!
Zu beziehen durch:
Vogler & Co., Berlin W 9., Köthener Straße 27
(Nähe Potsdamer Platz) Abteilung 8.

Kupferleitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise Bartels, Prenzlauer Str. 13 am Alexplatz. Telephon Königstadt 2013.

Leiter- und Kastenwagen, extra stabil, Räder aller Größen, Achsen, Buchsen, Puppen-, Klapp- und Kinderwagen äußerst billig. Kamrath, Schievelbeinerstr. 17.

Gehrock, fast neu, zu verkaufen. Beusselstr. 38, v. 4 Tr. r.

Zimmerer können gebrauchtes Werkzeug kaufen Beusselstr. 38, v. 4 Tr. rechts.

Schreibmaschine zu erhalten kauft Schibke, Linkstraße 1. Lützow 6377.

Verkaufe Kinderbettstelle …, Tisch und Stuhl, Fensterstand, Kommode. Flint, Adalbertstr. 67.

Stube und Küche, kompl., verkauft Kämpf, SO, Grimmstraße 6, IV Tr.

Rechts-, Detektivbüro Gesundbrunnen, Prinzenallee 83, Ecke Badstraße, erledigt alles.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.

Straßenhändler erhalten **enormen** Verdienst durch Plessner & Marcus, Leipziger Straße 23.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpf[e]
48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exem[plare]
Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereig[nisse]
Soeben erschienen. Zu beziehen durch unsern Verlag und Speditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler
Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT" e. G. m. b. H.
Berlin, Schiffbauerdamm 19

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler
Hermann Pilz,
Neukölln, Wilmsnerstr. 20, am 13. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobi-Kirchhofes, Hermannstraße, statt.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Walter Krümpelmann,
Stolpischestraße 37, am 13. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. d. M., nachm. ¾ Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgs-Kirchhofes in Weißensee, Roelckestraße, statt.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Schlosser
Gustav Lindner,
Koppenstraße 55, am 5. d. M.
der Dreher
Gustav Matthes,
Reinickendorf, Raschdorffstraße 103, am 13. d. M.
und der Rohrleger
Paul Parschwitz,
Reinickendorf, Justusstraße 22, am 14. d. M. gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Fast neues Seidenkleid billig zu verkaufen. O. Weisheit, Charlottenburg, Rettenstraße 35.

Achtung! Achtung! Welcher Großhändler oder Schlächter liefert markenfreie Wurst. Zuschriften in der „Freiheit". Spedition Böttcher, Utrechter Str. 28.

Dringend gesucht: Futter, Serge, Nessel, Leinen, Wäschestoff, Garn, Bindfaden zu Höchstpreise kauft Schickler, Georgenkirchplatz 11.

Die Beleidigung gegen Frau Helene Kaltschmidt, Wattstraße 19, nehme hiermit zurück. Erkläre dieselbe als eine anständige Frau. Frau Seidenbeck, Jasmunderstr. 1.

Stotterer verl. sofort kostenlos die neue … Aufklär-Schrift. G. Naeckel, Neukölln, Neckarstr. 8.

Ankauf und Reparatur von Maschinen aller Systeme Eck, Urbanstraße 67. I.

Botenfrau[en] werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin:
Bacher, An der Fischerbrücke 2.
Hendel, [illegible] 18.
Hadbarth, [illegible]
Henne, [illegible] 14.
Mierschner, [illegible]
Döring, [illegible]
Beiersen, [illegible]
Wiente, [illegible] 1.
Schiffbauerdamm 19.
Charlottenburg:
Lorenz, Wallstr. 65.
Niederschöneweide:
Schallraute, [illegible] 87.
Steglitz:
Rauch, Albrechtstr. 4.
Wilmersdorf:
Zencke, [illegible] 36.
Schöneberg:
[illegible]